



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
34. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.06.2020	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	20:21 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dagmar Hildebrand - CDU		
David Jenniches - AfD		
Ulrich Krause - CDU		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Ulrich Pluschkell - SPD		Vertretung für: Herrn Peter Reinhardt
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		bis TOP 6.8 / 19:42 Uhr
Katjana Zunft - DIE LINKE		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Seniorenbeirat		bis TOP 6.8 / 19:24 Uhr
Götz Gebert - Seniorenbeirat		bis TOP 6.8 / 19:24 Uhr
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Bruno Hönel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thomas-Markus Leber - FDP		öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Verwaltung		

Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	bis TOP 6.6 / 18:45 Uhr
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	bis TOP 6.6 / 19:05 Uhr
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Vetretung für Herrn Bgm. Lindenau ab TOP 6.6 / 18:45 Uhr
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Sven Beesel - Strategie und Innovation	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	ab TOP 4.2 / 17:24 Uhr
Edgar Hamerich - Personalrat FB 1	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Manuel Hertz - FBC FB 2	
Dr. Stefan Ivens - 1.000.3 - Stabsstelle DOS	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Jens Johannsen - 5.660 - Stadtgrün und Verkehr	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - FBC FB 4	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Stephan Schellbach -	öffentlicher Teil und nichtöffentlicher Teil zu TOP 14. 1 / 20:14 Uhr bis 20:18 Uhr
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Zuhörerinnen und Zuhörer -	öffentlicher Teil bis TOP 10 / 20:11 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Peter Reinhardt - SPD	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2020	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)	
3.2	Video-Streaming Bürgerschaftssitzungen (Bgm)	
3.3	Anfrage des AM Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Auswertung der Initiative "Gewalt gegen Frauen"	VO/2020/08767
3.3.1	Anfrage des AM Birte Duggen "Auswirkungen der Initiative 'Gewalt gegen Frauen'", VO/2020/08767	VO/2020/08967
3.4	Anfrage AM Simon (CDU-Fraktion): Ausbau der Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen-	VO/2020/08901
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des AM Simon betr. Ausbau der Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen	VO/2020/08939
3.5	Anfrage des Ausschussmitglieds André Kleyer (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Aufstellung von Getränkeautomaten	VO/2020/08646
3.5.1	Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds André Kleyer (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) - Aufstellung von Getränkeautomaten	VO/2020/08646-01
3.6	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE) "Verbesserte Öffnungszeiten der Lübecker Verwaltung"	VO/2019/08259
3.6.1	Antwort auf die Anfrage AM Katjana Zunft (Die Linke) "Verbesserte Öffnungszeiten der Lübecker Verwaltung"	VO/2019/08259-01
3.7	Antwort auf die mündlichen Nachfragen des AM Detlev Stolzenberg zur Ertüchtigung der Lohmühle	VO/2020/08936
3.8	Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Drogenkonsumraum	VO/2020/09027
3.9	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Konjunkturprogramm von Bund und Land in Bezug auf die Hansestadt Lübeck	VO/2020/09042
3.10	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg: Wasserqualität in der Trave bzw. Elbe-Lübeck-Kanal	VO/2020/09048

3.11	Anfrage des AM Detlev Stolzeberg: Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen	VO/2020/09049
3.12	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung	VO/2020/09051
3.13	NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. eine Anfrage von AM Rathcke zu Antisemitismus an Lübecker Schulen unter VO/2020/08732	
3.14	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Sachstand Bürgerservicebüro im Lichthof	
3.15	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) zum Sachstand Feuerwehrgerätehaus Kronsforde	
3.16	NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) betr. Sachstand Kaufhaus Karstadt	
3.17	NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) zum Sachstand der Anfrage zum Thema: Public Private Partnership sowie Zusammenarbeit im Liegenschaftsbereich unter VO/2018/06287	
3.18	NEU: mündl. Anfrage von Herrn Böhm (Seniorenbeirat) zu den öffentliche Toiletten	
3.19	NEU: mündl. Erweiterung durch AM Jenniches (AfD) der unter TOP NEU 3.13 gestellten Anfrage des AM Zunft zu Antisemitismus an Lübecker Schulen	
3.20	NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. Schuleingangsuntersuchungen	
4	Berichte	
4.1	Jahresbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	VO/2020/08998
4.2	1. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck	VO/2020/08997
4.3	Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030	VO/2020/08859
4.4	Klimaschutzmaßnahmen in Lübeck für das Jahr 2021	VO/2020/08920
4.5	Bahnübergang Ratzeburger Allee	VO/2020/08871
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Corona-Soforthilfe für Travemünder Woche	VO/2020/09024
5.1.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Änderungsantrag zu VO/2020/09024 - Corona-Soforthilfe für	VO/2020/09024-01

	Travemünder Woche	
5.2	Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H.	VO/2020/08902
5.3	Gemeinsame kooperative Leitstelle mit der Polizei in einem Neubau der Feuerwache 2	VO/2020/08899
5.4	Lübecker Schwimmbäder Jahresabschluss des Betriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2019	VO/2020/08953
5.5	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2020/21 ff.	VO/2020/08996
5.6	Fregattenstraße - Schutzstreifen für den Radverkehr	VO/2020/08875
5.7	Stege Travemünde - Strom- und Wasserversorgung	VO/2020/08964
5.8	Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in St. Jürgen 2020 - investiv	VO/2020/08993
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck	VO/2020/08766
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Unterstützung für Abbau der städtischen Kassenkredite	VO/2020/08774
6.3	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Die Unabhängigen, DIE LINKE, Freie Wähler & GAL, Lothar Möller (BfL): "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung	VO/2020/08803
6.3.1	Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zu VO 2020/08803 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Die Unabhängigen, DIE LINKE, Freie Wähler & GAL, Lothar Möller (BfL): "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung	VO/2020/08803-01
6.3.2	CDU und SPD: Verwaltungshandeln in Leichter Sprache	VO/2020/08808
6.3.3	AM David Jenniches (AfD): Änderungsantrag zu VO/2020/08808 CDU und SPD: Verwaltungshandeln in Leichter Sprache	VO/2020/08808-02
6.4	Die Unabhängigen: Vorsorgemaßnahmen Smart City	VO/2020/08813
6.5	AfD - Repräsentativität der Einwohnerversammlung verbessern	VO/2020/08832
6.6	Die Unabhängigen:Austauschantrag zur VO/2020/08923 Unterstützungskonzept für Kulturschaffende	VO/2020/08963
6.7	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Hybrid-Lösungen schaffen	VO/2020/08905

6.8	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Kinderbetreuung im Rathaus	VO/2020/08773
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag: Hybrid-Lösungen schaffen	VO/2020/08914
7.2	Dringlichkeitsantrag - AM Treumann (CDU) + AM Schopenhauer (SPD): Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen	VO/2020/08942
7.2.1	BM Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2020/08942 Dringlichkeitsantrag - AM Treumann (CDU) + AM Schopenhauer (SPD): Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen	VO/2020/08942-01
7.2.2	AM Anka Grädner (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Änderungsantrag zu VO/2020/08942 Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen	VO/2020/08942-02
7.3	AM Dagmar Hildebrand: Dringlichkeitsantrag - Volle Züge nach Travemünde	VO/2020/09046
8	Gleichstellung	
8.1	DIE LINKE, DIE UNABHÄNGIGEN und BM Jansen (GAL) sowie die Fraktion "Bündnis 90/DieGrünen": Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung	VO/2020/08836
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass Herr Bürgermeister Lindenau die Sitzung um 18:45 Uhr aufgrund eines anderweitigen Termins verlassen muss.

AM Prieur beantragt die Vertagung des TOP 4.1, aufgrund der kurzfristigen Einstellung der Vorlage in ALLRIS.

Weiterhin teilt AM Prieur mit, dass der Antrag unter TOP 6.1 auch in den Ausschuss für Soziales überwiesen wurde. Eine Beratung stehe dort noch aus. AM Prieur beantragt daher die Vertagung des TOP 6.1 bis zur erfolgten Beratung im Ausschuss für Soziales.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagungsanträge von AM Prieur abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dem Vertagungsantrag des TOP 4.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dem Vertagungsantrag des TOP 6.1 zu.

Herr Senator Hinsen bittet um Vertagung der Beratung zu TOP 4.4, da eine Befassung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung mit dieser Vorlage noch ausstehe.

Die Beteiligung der Bürgerschaft sei für die Sitzung im August vorgesehen.

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich der Vertagung des TOP 4.4. zu.

Der Vorsitzende unterbreitet den Vorschlag der gemeinsamen Beratung der TOP 6.7 und 7.1, sowie der TOP 6.8 und 7.2.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU – TOP 3.9/VO 9042

Anfrage von AM Thomas Rathcke betr. Konjunkturprogramm von Bund und Land in Bezug auf die Hansestadt Lübeck

NEU – TOP 3.10/VO 9048

Anfrage von AM Detlev Stolzenberg betr. Wasserqualität in der Trave bzw. Elbe-Lübeck-Kanal

NEU – TOP 3.11/VO 9049

Anfrage von AM Detlev Stolzenberg betr. Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen

NEU – TOP 3.12/VO 9051

Anfrage von AM Thomas Rathcke betr. Innenstadtentwicklung

NEU – TOP 6.3.3/VO 8808-01

Änderungsantrag von AM David Jenniches betr. Verwaltungshandeln Leichte Sprache

NEU – TOP 7.3/VO 9046

Dringlichkeitsantrag von AM Dagmar Hildebrand betr. Volle Züge nach Travemünde

Es ist eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit erforderlich.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der Erweiterung der Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit um den TOP 7.3 zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.12 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.8 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.9 zu.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.06.2020

AM Duggen bittet aufgrund des kurzfristigen Vorliegens der Niederschrift um Vertagung der Genehmigung.

Der Hauptausschuss stellt die Genehmigung der Niederschrift zurück.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Aktuelle Lage Coronavirus (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau berichtet, dass Lübeck nicht mehr coronafrei ist. Aktuell seien drei infizierte Personen gemeldet.

Zum kommenden Montag werde eine neue Landesverordnung erwartet. Entwürfe hierzu liegen noch nicht vor.

Nach den Sommerferien ist die Fortführung des Regelbetriebes an den Schulen unter entsprechenden Schutzmaßnahmen vorgesehen.

Die Regelungen für die Ein- und Rückreise seien mittlerweile auf verschiedenste Länder weltweit ausgeweitet. Die Betroffenen Länder seien auf der Homepage der Hansestadt Lübeck veröffentlicht.

Kontrollen am Hafen vor dem Hintergrund des Schwedenverkehrs werden gegenwärtig nicht durchgeführt. Hierzu stehe noch die abschließende Abstimmung mit der Landespolizei aus.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.2 Video-Streaming Bürgerschaftssitzungen (Bgm)

Herr Bürgermeister Lindenau informiert über den aktuellen Sachstand. Gegenwärtig starte im Landtag eine interfraktionelle Gesetzesinitiative, wonach die Möglichkeit geschaffen werden soll, auch für Videokonferenzen Abstimmungen zu organisieren. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Umsetzung im Rahmen einer Änderung der Hauptsatzung erfolgt. Das heißt, dass jede Kommune für sich entscheide, ob eine Umsetzung und Anwendung erfolge.

Darüber hinaus informiert Herr Bürgermeister Lindenau, dass Vorbereitungen für eine Videoübertragung vorgenommen werden. Die erforderlichen technischen Anschaffungen sollen in diesem Jahr realisiert werden. Eine Kooperation mit dem offenen Kanal Schleswig-Holstein wird angestrebt, welcher schon seit einiger Zeit in Kiel die Übertragungsmöglichkeit realisiert. Sofern eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung erfolgt, könnte somit eine zeitnahe Umsetzung erfolgen.

Auf Nachfrage von AM Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Umsetzung von Videostreaming auch eine Änderung der Hauptsatzung voraussetze.

AM Dr. Flasbarth teilt mit, dass die Ratsversammlung der Stadt Kiel den Service anbiete, dass im Nachhinein angeschaut werden könne, wer zu welchem Thema gesprochen hat und bittet hierzu um Mitteilung, ob die Hansestadt Lübeck einen ähnlichen Service vorsehe. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass durch die Anschaffung vergleichbarer Technik vorgesehen und damit auch ein vergleichbarer Service anzunehmen sei. Eine genaue Prüfung wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 Anfrage des AM Birte Duggen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Auswertung der Initiative "Gewalt gegen Frauen" Vorlage: VO/2020/08767

**zu 3.3.1 Anfrage des AM Birte Duggen "Auswirkungen der Initiative 'Gewalt gegen Frauen'", VO/2020/08767
Vorlage: VO/2020/08967**

Es sprechen AM Duggen und Frau Sasse.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Anfrage AM Simon (CDU-Fraktion): Ausbau der Bahnstrecke Lübeck - Bad Kleinen-
Vorlage: VO/2020/08901**

**zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des AM Simon betr. Ausbau der Bahnstrecke Lübeck -
Bad Kleinen
Vorlage: VO/2020/08939**

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.5 Anfrage des Ausschussmitglieds André Kleyer (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) -
Aufstellung von Getränkeautomaten
Vorlage: VO/2020/08646**

zu 3.5.1 Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds André Kleyer (BÜNDNIS 90 /

DIE GRÜNEN) - Aufstellung von Getränkeautomaten
Vorlage: VO/2020/08646-01

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6 Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE) "Verbesserte Öffnungszeiten der Lübecker Verwaltung"
Vorlage: VO/2019/08259

zu 3.6.1 Antwort auf die Anfrage AM Katjana Zunft (Die Linke) "Verbesserte Öffnungszeiten der Lübecker Verwaltung"
Vorlage: VO/2019/08259-01

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.7 Antwort auf die mündlichen Nachfragen des AM Detlev Stolzenberg zur Er-
 tüchtigung der Lohmühle**
Vorlage: VO/2020/08936

AM Stolzenberg bittet um die Erstellung eines Berichtes, aus welchem hervorgeht, wo die Ersatzpflanzungen vorgenommen werden.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.8 Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Drogenkonsumraum
Vorlage: VO/2020/09027**

Es erfolgt eine mündliche Beantwortung der Anfrage durch Herrn Senator Schindler.

Zu Frage 1 der Anfrage teilt Herr Senator Schindler mit, dass keine Anfragen seit 2015 bekannt seien.

Zu Frage 2 teilt Herr Senator Schindler mit, dass derzeit die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes erfolge, in welchem die Beantwortung aller relevanten Fragen vorgesehen sei. In der vergangenen Woche habe hierzu eine Auftaktveranstaltung stattgefunden. Der Abschluss des Konzeptes sei für Frühjahr 2021 vorgesehen.

Am Zunft überreicht Herr Senator Schindler einen Bericht, aus welchem Argumente für die Einrichtung eines drogenkonsumraumes hervorgehen. Herr Senator Schindler sagt die Weiterreichung an das Gesundheitsamt weiter.

Am Fürter teilt mit, dass aufgrund der erfolgten mündlichen Beantwortung der Anfrage, eine schriftliche Beantwortung nicht weiter erforderlich sei.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.9 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Konjunkturprogramm von Bund und Land in Bezug auf die Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/09042**

Herr Bürgermeister Lindenau teilt mit, dass es bisher nur Ankündigungen gebe, die bisher in begrenzter Anzahl durch Beschlüssen mit Regularien konkretisiert seien. Sobald Förderprogramme vorliegen, erfolgt die Aufnahme der entsprechenden Mittel in den Haushalt.

AM Rathcke bittet um konkretere Beantwortung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses.

Herr Bürgermeister Lindenau führt erläuternd aus, dass eine Benennung konkreter Maßnahmen ohne Vorliegen von Ausführungsbestimmungen nicht möglich sei, sagt jedoch eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg: Wasserqualität in der Trave bzw. Elbe-Lübeck-Kanal
Vorlage: VO/2020/09048

AM Stolzenberg bittet aufgrund der jetzigen Jahreszeit um eine schnelle Beantwortung.

Herr Senator Hinsen teilt zu Frage 1 mit, dass es sich um circa 50 Einleitstellen um die Altstadtinsel herum handle.

Zu Frage 2 teilt Herr Senator Hinsen mit, dass eine regelmäßige Entnahme von Wasserproben erfolge.

Bezug nehmen auf Frage 3 empfiehlt Herr Senator Hinsen von dem Schwimmen in der Trave abzusehen, unter anderem auch dadurch, da das Baden in der Trave aus anderen Gründen untersagt ist.

Herr Bürgermeister Lindenau verweist auf das landesweite Informationsportal, auf welchem tagesaktuell sämtliche Warnungen für alle Badestellen in Schleswig-Holstein abgerufen werden können. Gegenwärtig liegen für das Schwimmen an den offiziellen Badestellen der Hansestadt Lübeck keine Warnungen vorliegen.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Senator Hinsen, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Stolzenberg und AM Pluschke.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden sagt Herr Senator Hinsen zu, eine Übersicht zu den Einleitstellen als Anlage zum Protokoll zu geben.

Es sprechen Am Stolzenberg, Herr Bürgermeister Lindenau, der Vorsitzende, erneut AM Stolzenberg und Herr Senator Hinsen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.11 Anfrage des AM Detlev Stolzeberg: Abstimmung zwischen Mobilfunkanbietern und der Stadt zu Mobilfunkanlagen
Vorlage: VO/2020/09049**

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.12 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zur Innenstadtentwicklung
Vorlage: VO/2020/09051**

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.13 NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. eine Anfrage von AM Rathcke zu Antisemitismus an Lübecker Schulen unter VO/2020/08732

Bezug nehmend auf eine im Schul- und Sportausschuss gegebene Antwort auf eine Anfrage von AM Rathcke zum Thema Antisemitismus an Lübecker Schulen (VO/2020/08732) äußert AM Zunft mehrere Nachfragen. AM Zunft sagt zu, die Fragen schriftlich einzureichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.14 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. Sachstand Bürgerservicebüro im Lichthof

Auf Nachfrage von AM Rathcke teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Eröffnung des Bürgerservicebüros im Lichthof am Donnerstag erfolge. Ab dem morgigen Mittwoch seien online Termine buchbar.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.15 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) zum Sachstand Feuerwehrgerätehaus Kronsforde

Herr Senator Hinsen teilt auf Nachfrage von AM Rathcke mit, dass sich die Verhandlungen zum Feuerwehrgerätehaus Kronsforde in den letzten Zügen befinde. Es sei davon auszugehen, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung von einer positiven Standortsuche berichtet werden könne.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.16 NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) betr. Sachstand Kaufhaus Karstadt

Auf Nachfrage von AM Fürter berichtet Herr Bürgermeister Lindenau, dass für Montag eine finale Entscheidung zur Zukunft des Kaufhauses Karstadt angekündigt war. Bisher liege diese nicht vor.

Für kommenden Freitag sei eine Videokonferenz seitens der Karstadt-Konzernzentrale unter Teilnahme des Wirtschaftsministers und der Bürgermeister der betroffenen Städte in Schleswig-Holstein geplant.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.17 NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Die Grünen) zum Sachstand der Anfrage zum Thema: Public Private Partnership sowie Zusammenarbeit im Liegenschaftsbereich unter VO/2018/06287

AM Fürter erinnert an eine noch ausstehende Antwort auf die Anfrage zum Thema Public Private Partnership sowie Zusammenarbeit im Liegenschaftsbereich aus dem Jahr 2018.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.18 NEU: mündl. Anfrage von Herrn Böhm (Seniorenbeirat) zu den öffentliche Toiletten

Auf Nachfrage von Herrn Böhm betreffend die aktuelle Situation der öffentlichen Toilette teilt Herr Senator Hinsen mit, dass mittlerweile alle netten Toiletten wieder geöffnet seien, mit Ausnahme der netten Toilette im Motel One. Hierzu erfolge derzeit ein enger Dialog mit dem Motel One.

Herr Böhm kritisiert, dass die auf einem Hinweisschild in der Breiten Straße ausgewiesenen öffentlichen Toiletten nicht auffindbar seien.

Herr Senator Hinsen berichtet weiterhin, dass für die Einrichtung einer neuen öffentlichen Toilette im Durchgang zum Rathaus Hof der Bauantrag gestellt worden sei. Beschwerden und Anregungen zu den öffentlichen Toiletten können dem Beschwerdemanagement der Entsorgungsbetriebe Lübeck übersandt werden.

Auf Nachfrage von AM Zunft führt Herr Senator Hinsen weiterhin aus, dass die Toilette im Durchgang zum Rathaus Hof behindertengerecht, sowie unisex sein werde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.19 NEU: mündl. Erweiterung durch AM Jenniches (AfD) der unter TOP NEU 3.13 gestellten Anfrage des AM Zunft zu Antisemitismus an Lübecker Schulen

AM Jenniches bittet die Antworten auf die von AM Zunft unter TOP NEU 3.13 angekündigten Nachfragen zu der Antwort auf die Anfrage von AM Rathcke zum Thema Antisemitismus an Lübecker Schulen (VO/2020/08732) um die Aspekte des Islamismus und des Linksextremismus zu ergänzen.

Frau Senatorin Weiher sagt eine entsprechende Beantwortung zu, sofern Daten hierzu erhoben worden seien.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.20 NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. Schuleinganguntersuchungen

AM Stolzenberg bittet um Mitteilung, ob die noch ausstehende Schuleinganguntersuchungen nachgeholt werden.

Es spricht der Vorsitzende.

Herr Senator Schindler verweist diesbezüglich auf eine bereits im zuständigen Fachausschuss erfolgte Behandlung dieser Thematik. Vorhandene Rückstände bei den Schuleinganguntersuchungen werden nachgeholt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

zu 4.1 Jahresbericht 2019 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08998

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 4.2 1. Zwischenbericht 2020 zu den Leistungen und dem Ergebnisplan der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2020/08997

Am Dr. Flasbarth bittet um Erläuterung, inwieweit mögliche Zuwendungen des Bundes und des Landes bei den Gewerbesteuern und der Sozialausgaben bereits eingerechnet worden seien.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass der Bund bei entsprechender Nachziehung des Landes angekündigt habe, 50% der Gewerbesteuerausfälle zu erstatten. Das Land habe eine entsprechende Unterstützung signalisiert, sodass von einer vollständigen Übernahme der Einnahmeverluste bei der Gewerbesteuer durch Bund und Land auszugehen sei. Nach heutiger Rechnung werde mit einer Verschlechterung von circa 17 Millionen Euro ausgegangen. Die Übernahme dieser Verluste wurde berücksichtigt. Gleiches gelte für die Übernahme von Kosten im Bereich der Sozialleistungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3 Pflegebedarfsplanung 2017 - 2030
Vorlage: VO/2020/08859

Auf Nachfrage von AM Rathcke betreffend die Hinterlegung der Vision 2030 mit Daten und Fakten teilt Herr Senator Schindler mit, dass die Pflegebedarfsplanung als Prozess angelegt sei. Das heißt im Anschluss an die Kenntnisnahme durch die Bürgerschaft erfolge eine weitere Konkretisierung. Für Maßnahmen, welche Kosten verursachen, folgen weitere Vorlagen.

AM Rathcke bittet um fortlaufende Auflistung der Maßnahmen.

AM Fürter bittet um Mitteilung, zu wann eine Vorlage zu den Senioreneinrichtungen erwartet werden könne.

Herr Senator Schindler sagt eine regelmäßige Berichtsausstattung über den Fortgang im Ausschuss für Soziales zu.

Die Nachfrage von AM Fürter beantwortet Herr Senator Schindler dahingehend, dass derzeit noch keine Aussage möglich sei, wann eine konkretisierte Vorlage vorliege.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.4 Klimaschutzmaßnahmen in Lübeck für das Jahr 2021
Vorlage: VO/2020/08920

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 4.5 Bahnübergang Ratzeburger Allee
Vorlage: VO/2020/08871

Keine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Corona-Soforthilfe für Travemünder Woche
Vorlage: VO/2020/09024

Bezug nehmend auf den unter TOP 5.1.1 gestellten Antrag teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass jährlich ein öffentlicher Zuschuss an die Travemünder Woche (TW) gGmbH gezahlt werde. Auflagen könnten im Rahmen der Zuschussgewährung erfolgen.

Weiterhin erläutert Herr Bürgermeister Lindenau die Voraussetzungen für eine Kapitalerhöhung, sowie die daraus resultierenden Folgen.

Es sprechen AM Dr. Flasbarth, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Duggen und erneut Herr Bürgermeister Lindenau.

Auf Nachfrage von AM Rathcke erläutert Herr Bürgermeister Lindenau auf welchen Konten die Buchung der Corona-Soforthilfe in Höhe von 133.000 Euro an die TW gGmbH vorgenommen wird. Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Lindenau auf Nachfrage von AM Rathcke mit, dass es sich bei den wesentlichen Kosten, welche mit der Corona-Soforthilfe zu decken

sind, um Stornierungskosten, Konventionalstrafen, sowie Personalgehälter des Stammpersonals – sofern nicht über andere Förderprogramme gedeckt - handelt.

Es diskutieren im weiteren Verlauf – zum Teil mir mehrfachen Wortbeiträgen – Am Fürter, Frau Senatorin Weiher, Herr Bürgermeister Lindenau, AM Stolzenberg und AM Dr. Flasbarth.

AM Dr. Flasbarth stellt folgenden Änderungsantrag zu dem Änderungsantrag unter TOP 5.1.1:

„Die Hansestadt Lübeck gewährt der Travemünder Woche gGmbH einen Zuschuss, der notwendig ist, um eine drohende Insolvenz bis zum Zeitpunkt der Ausfertigung der Beteiligungsverträge für eine Kapitalerhöhung abzuwenden.“

Auf Nachfrage von AM Simon betreffend die dargestellten Verwaltungskosten in Höhe von 25.000 Euro führt Herr Groth erläuternd aus, dass es sich hierbei nicht um interne Verrechnungen, sondern um Aufwendungen gegenüber Dritten - unter anderem im Zusammenhang mit der Präsentation auf der Messe BOOT Düsseldorf - handle.

Es sprechen AM Prieur, Herr Bürgermeister Lindenau und AM Jenniches.

AM Dr. Flasbarth stellt einen Antrag auf Vertagung bis zum Vorliegen der Bilanzen der TW gGmbH aus den vergangenen Jahren, sowie deren Planungen für die Zukunft.

Es sprechen AM Zunft und AM Krause.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt mehrheitlich
(4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen)
den Antrag auf Vertagung ab.***

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Änderungsantrag von AM Dr. Flasbarth unter TOP 5.1.1 abstimmen.

***Der Hauptausschuss lehnt mehrheitlich
(3 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 11 Nein-Stimmen)***

den Ergänzungsantrag ab.

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck gewährt der Travemünder Woche gGmbH eine einmalige Corona-Soforthilfe in Höhe von bis zu 133.000 EUR infolge der Absage der diesjährigen 131. Travemünder Woche.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.1.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Änderungsantrag zu

VO/2020/09024 - Corona-Soforthilfe für Travemünder Woche
Vorlage: VO/2020/09024-01

- siehe Protokollierung unter TOP 5.1 -

Beschluss:

Die Corona-Soforthilfe für die Travemünder Woche gGmbH von bis zu 133.000€ wird in Form einer Kapitalerhöhung gewährt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Konditionen dieser Kapitalerhöhung mit den bisherigen Anteilseignern zu vereinbaren mit dem Ziel, dass die Hansestadt ex post mindestens 25% plus einen Anteil an der Travemünder Woche gGmbH hält.

Die ausgehandelten Gesellschafts- und Beteiligungsverträge inkl. der Veto- und Kontrollrechte für die Hansestadt sind der Bürgerschaft zur Genehmigung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis (geänderter Antrag)	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 5.2 Verlängerung der Budgetverträge um ein Jahr und pauschale Erhöhung der Budgetsummen um jeweils 1 v. H.
Vorlage: VO/2020/08902

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Die bestehenden Budgetverträge mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden mit Laufzeitende am 31.12.2020 werden um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum 31.12.2021 verlängert. Den Trägern wird eine entsprechende Änderungsvereinbarung übermittelt.
2. Zum Ausgleich der allgemeinen Kostensteigerung werden die bestehenden Budgethöhen pauschal um 1 v. H. erhöht.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 5.3 Gemeinsame kooperative Leitstelle mit der Polizei in einem Neubau der Feuerwache 2
Vorlage: VO/2020/08899**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Mit dem Land Schleswig-Holstein wird eine Kooperation zum Aufbau und Betrieb einer gemeinsamen kooperativen Leitstelle (KLS) für die städtischen Aufgaben des Rettungsdienstes, des Brandschutzes und des Katastrophenschutzes sowie die polizeilichen Aufgaben des Landes begründet. Der dazu geschlossenen Absichtserklärung (Anlage 1) sowie dem Abschluss eines Kooperationsvertrags (Anlage 2) wird zugestimmt.

2. Der Errichtung eines den Anforderungen entsprechenden Neubaus der Feuerwache 2 wird im Grundsatz zugestimmt. Der Bürgerschaft ist eine Bau- und Kostenplanung vorzulegen, mit der eine Baufertigstellung in 2026 angestrebt wird.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Lübecker Schwimmbäder
Jahresabschluss des Betriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2019
Vorlage: VO/2020/08953**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1.

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgestellt:

mit einer Summe der Erträge von (vor Verlustausgleich durch HL)	1.499.067,47 €
mit einer Summe der Aufwendungen von	5.237.560,37 €
mit einem Verlust von	
3.738.492,90 €	

2.

Der Verlust wird wie folgt behandelt:

Verlust:	3.738.492,90 €
Geleistete Zahlungen der HL:	3.812.000,00 €

Verbindlichkeiten gegenüber der HL:

Ergebnis aus Überzahlung Verlustausgleich Und erwirtschafteten Verlust 2019	73.507,10 €
--	-------------

3.

Die Differenz aus dem Jahresverlust 2019 und den in 2019 erfolgten Verlustzuweisungen der Hansestadt Lübeck in Höhe von 73.507,10 € bleibt bis zur Verrechnung im Wirtschaftsjahr 2020 stehen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG)
Maßnahmenplanung Kindergartenjahr 2020/21 ff.
Vorlage: VO/2020/08996**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

1. Die in der Begründung dargestellten Maßnahmen werden in den Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG aufgenommen.
2. Der gesamtstädtische Minderbedarf im Haushaltsjahr 2020 für die Umsetzung der Maßnahmen beträgt 2.696,94 Euro.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Fregattenstraße - Schutzstreifen für den Radverkehr
Vorlage: VO/2020/08875**

AM Pluschkell teilt mit, dass sich der Bauausschuss für die Variante 2, welche die Verlegung der Radwege auf die Fahrbahn vorsehe, ausgesprochen habe.

AM Pluschkell regt an im weiteren Verfahren der Umsetzung der Maßnahme folgende Prüfungen vorzunehmen:

1. Zwischen Korvettenstraße und Briggstraße wird bahnseitig nicht nur der Radweg, sondern auch der Fußweg zurückgebaut und durch Bäume usw. ersetzt.
2. Der KfZ-Abstellstreifen wird westlich auf der Seite mit der meisten Wohnbebauung eingerichtet.

Herr Johannsen teilt mit, dass mit Errichtung der Parkflächen auf der anderen Straßenseite eine höhere Unterdeckung an Parkflächen entstehen würde.

Es spricht AM Pluschkell.

Herr Johannsen sagt zu, die von AM Pluschkell vorgebrachten Anregungen zur weiteren Prüfung aufzunehmen.

Frau Senatorin Hagen teilt mit, dass eine Umsetzung der Maßnahme noch im Jahr 2020 erfolgen könnte.

Beschluss:

In der Fregattenstraße werden beidseitig Schutzstreifen für den Radverkehr (Variante 2) angelegt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.7 Stege Travemünde - Strom- und Wasserversorgung Vorlage: VO/2020/08964

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Maßnahme „Stege Travemünde – Strom- und Wasserversorgung“ (Anlagenobjekt-Nr. 055) wird begonnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5.8 Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen in St. Jürgen 2020 - investiv Vorlage: VO/2020/08993
--

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Projektfreigabe für die in der Vorlage genannten Straßen wird erteilt; mit den Maßnahmen darf begonnen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Aktionsplan Queeres Lübeck
Vorlage: VO/2020/08766**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Unterstützung für Abbau der städtischen Kassenkredite
Vorlage: VO/2020/08774**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft unterstützt Überlegungen aus dem Bundesfinanzministerium, eine Alt-schuldenhilfe für Kommunen aufzulegen, mit der Kassenkredite der Kommunen durch den Bund übernommen werden.

Die Bürgerschaft fordert den Bürgermeister auf, sich innerhalb des Städte- und Gemeindebundes sowie innerhalb des Städtetages und gegenüber der Bundesregierung für eine solche Bundes-Unterstützung einzusetzen. Hierbei ist darauf zu achten, dass auch Kommunen profitieren, denen - wie Lübeck - aus eigener Kraft bereits eine Verminderung des Umfangs der Kassenkredite gelungen ist.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	5
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Die Unabhängigen, DIE LINKE, Freie Wähler & GAL, Lothar Möller (BfL): "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung
Vorlage: VO/2020/08803**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei künftigen Online-Beteiligungsverfahren auch eine Option in "leichter Sprache" im Sinne der Barrierefreiheit anzubieten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3.1 Freie Wähler & GAL: Ergänzungsantrag zu VO 2020/08803 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, Die Unabhängigen, DIE LINKE, Freie Wähler & GAL, Lothar Möller (BfL): "Leichte Sprache" bei Bürgerbeteiligung
Vorlage: VO/2020/08803-01**

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Antrag „Leichte Sprache“ wird um folgenden Satz ergänzt:

Befragungen sollen zukünftig in kleiner Personenanzahl der Zielgruppe(n) getestet werden, bevor sie online gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3.2 CDU und SPD: Verwaltungshandeln in Leichter Sprache
Vorlage: VO/2020/08808**

AM Jenniches weist auf den Änderungsantrag zu diesem Antrag unter TOP 6.3.3 hin.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass städtische

1. Informationen
2. Merkblätter
3. Briefe

in der Hansestadt Lübeck für Menschen mit sprachlichen Barrieren in Leichter Sprache zur Verfügung stehen, verfasst oder erläutert werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3.3 AM David Jenniches (AfD): Änderungsantrag zu VO/2020/08808 CDU und SPD:
Verwaltungshandeln in Leichter Sprache
Vorlage: VO/2020/08808-02**

Es sprechen AM Rathcke und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

Der Hauptausschuss

1. *stellt fest, dass die Hansestadt Lübeck ihrer seit 2008 bestehenden Rechtspflicht nach § 13 LBGG, bei Verwaltungsakten, Allgemeinverfügungen, Vordrucken und amtlichen Informationen Behinderungen von Menschen durch Verwendung leichter Sprache zu berücksichtigen, noch nicht in ausreichendem Umfang nachgekommen ist, und*

fordert den Bürgermeister auf, hier Abhilfe zu schaffen und dem Hauptausschuss darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.4 Die Unabhängigen: Vorsorgemaßnahmen Smart City
Vorlage: VO/2020/08813**

AM Stolzenberg plädiert für die Zustimmung zu dem Antrag, um somit Vorsorgemaßnahmen der Kommune einleiten zu können. Für jede der Maßnahmen geplanten Maßnahmen sollte eine Betrachtung der Auswirkungen auf die Gesundheit erfolgen.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung von Smart City alle geltenden Rechtsnormen beachtet und eingehalten werden, sodass es keiner weiteren Schutzregelungen bedürfe.

Es sprechen AM Stolzenberg und Herr Bürgermeister Lindenau.

Beschluss:

Bei der Durchführung/Umsetzung des Projektes Smart-City wird der Bürgermeister zum Schutz der Gesundheit der Lübecker Bürgerinnen und Bürger vor hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung gebeten, folgende Vorsorgemaßnahme einzuleiten bzw. umzusetzen:

- *Begleitung der Maßnahme durch einen unabhängigen Gutachter zur Erstellung von Expertisen für das Konzept Smart-City sowie aller technischen und baulichen Maßnahmen mit der Zielrichtung, die minimalste elektromagnetische Emission zu erreichen. Dabei sind auch Funktionsweisen des Konzepts und dessen Wirkungsweisen zu berücksichtigen.*
- *Umsetzung der Expertisen im Rahmen der Maßnahme Smart-City.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.5 AfD - Repräsentativität der Einwohnerversammlung verbessern
Vorlage: VO/2020/08832

Es sprechen AM Jenniches, AM Stolzenberg, der Vorsitzende und erneut AM Jenniches.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck

- 1) *nimmt zur Kenntnis, dass auf allen Einwohnerversammlungen seit 2011 weniger als ein Prozent der Wahlberechtigten vertreten war; und*
- 2) *fordert die Stadtpräsidentin auf, bei der Planung künftiger Einwohnerversammlungen*
 - a. *Veranstaltungsorte zu berücksichtigen, die mit ÖPNV und insbesondere PKW besser zu erreichen sind als das Rathaus, und die Durchführung an einem Samstag oder Sonntag zu berücksichtigen.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.6 Die Unabhängigen:Austauschantrag zur VO/2020/08923 Unterstützungskonzept für Kulturschaffende
Vorlage: VO/2020/08963**

Es sprechen AM Stolzenberg, AM Zunft und der Vorsitzende.

Herr Böhm stellt einen Antrag auf Beendigung der Debatte.

Frau Voskuhl weist darauf hin, dass der Seniorenbeirat nicht berechtigt ist, diesen Antrag zu stellen.

Der Vorsitzende weist den Antrag auf Beendigung der Debatte zurück.

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – Frau Senatorin Weiher, AM Stolzenberg, AM Prieur, AM Dr. Flasbarth und der Vorsitzende.

Am Zunft beantragt die Punktweise-Abstimmung. AM Fürter schließt sich dem Antrag auf Punktweise-Abstimmung an.

AM Hildebrand beantragt die Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 18:53 Uhr bis 19:03 Uhr.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag punktweise abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister

1. wird aufgefordert, zeitnah im Zusammenwirken mit in Lübeck tätigen Kulturschaffenden ein auskömmliches Unterstützungskonzept zu entwickeln, das insbesondere die spezifischen Lebens- und Arbeitsrealitäten freier Künstler:innen angemessen berücksichtigt. Dabei geht es vorrangig darum, durch die Hansestadt Lübeck die „Schutzlücken“ zu schließen, die die Unterstützungsprogramme von Bund und Land bei dem vorstehend genannten Personenkreis hinterlassen;

2. wird verpflichtet, die entsprechenden finanziellen kommunalen Hilfeleistungen zur Schließung der ermittelten Schutzlücken aus den 10 Millionen Euro zu entnehmen, die die Bürgerschaft am 26.03. 2020 (VO/2020/08831 Finanzmittel in Folge der Corona-Pandemie) für coronabedingte Hilfeleistungen bereit gestellt hat-

Abstimmungsergebnis über Punkt 1 des An- trages	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

AM Misch hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

AM Misch hat vor der Abstimmung über Punkt 2 des Antrages um 19:04 den Sitzungssaal wieder betreten.

Abstimmungsergebnis über Punkt 2 des An- trages	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.7 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Hybrid-Lösungen schaffen
Vorlage: VO/2020/08905

- es erfolgt eine gemeinsame Beratung mit TOP 7.1 -

AM Fürter erklärt, dass die Punkte 2 bis 4 des Antrages erledigt seien.

AM Prieur unterbreitet den Vorschlag, Punkt 1 des Antrages bis zum Vorliegen des entsprechenden Gesetzes zu vertagen.

AM Fürter schließt sich dem Vorschlag an.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1.) Damit auch Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern, die Risikogruppen angehören, an künftigen Sitzungen teilnehmen können, sind sog. Hybrid-Lösungen zu schaffen, also die Durchführung einer Sitzung mit der Möglichkeit, sich von außerhalb an Debatte und Abstimmungen zu beteiligen. Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob dies aktuell bereits unter Anwendung der Experimentierklausel in § 135 a Gemeindeordnung möglich ist. Fall ja wird das Büro der Bürgerschaft gebeten, so bald wie möglich durchgeführte Präsenzsitzungen um die Möglichkeit der Online-Zuschaltung zu erweitern.

2.) Falls dies nach der geltenden Gemeindeordnung nicht möglich ist, bitten wir den Bürgermeister sich bei der Landesregierung für eine Gesetzesänderung mit diesem Ziel einzusetzen.

3.) Die Stadtpräsidentin wird für die Fortdauer der Pandemie gebeten, solange die Möglichkeit zur Online-Teilnahme an Präsenzsitzungen nicht geschaffen ist, den Mitgliedern der Bürgerschaft und der Ausschüsse weiterhin freizustellen, ob sie an Präsenz-Sitzungen teilnehmen. Dasselbe gilt für die Mitarbeiter*innen der Stadt und der Fraktionen. Für Entschuldigungen wird ohne Notwendigkeit weiterer Begründung ein "triftiger Grund" im Sinne von § 6 Abs. 8 Geschäftsordnung der Bürgerschaft angenommen.

4.) Alle Sitzungen von Bürgerschaft und Ausschüssen sollen künftig für die Öffentlichkeit im Internet per Video-Streaming angeboten werden. Das Büro der Bürgerschaft wird beauftragt, hierfür ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Abstimmungsergebnis (Punkt 1 des Antrages)	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 6.8 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Kinderbetreuung im Rathaus

- es erfolgt eine gemeinsame Beratung mit den TOP 7.2, 7.2.1 und 7.2.2 –

Es spricht AM Prieur.

AM Zunft teilt mit, dass die Fraktion Die LINKE sich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließt.

Es sprechen Frau Sasse, AM Duggen, AM Dr. Flasbarth und AM Prieur.

Es spricht AM Jenniches (Wortprotokoll gemäß nachträglichem Antrag von AM Jenniches in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.08.2020):

„Ja, also ich werde dem Antrag so nicht zustimmen – den vorliegenden Anträgen. Ich habe dazu Rücksprache gehalten, auch mit unserer Fraktionsgeschäftsführerin. Die ist zweifache Mutter und über zehn Jahre lang in der Tagespflege tätig und die Punkte sind im Wesentlichen: Es ist gewisser Betreuungsbedarf da. Den sehen wir als ausreichend abgedeckt durch Erstattung der Betreuungskosten. Und jetzt hier das tatsächlich zu organisieren in der Stadt, das wirft halt Themen auf wie feste Bezugsperson, Vertrauter Ort, in Zeiten auf - kleine Kinder sollten dann schon im Bett sein und nicht nochmal wieder umgebettet werden. Das sind die Punkte dazu.

Zum Thema Ausdehnung über die eigentlichen Ehrenämter und die eigentlichen Sitzungen hinaus: Auch das lehnen wir ab. Hintergrund ist, das ist eine Wettbewerbsverzerrung. Denken Sie bitte daran, in der Kommunalpolitik sollen sich laufend auch neue Gruppe bilden, wenn da ein politischer Bedarf ist. Und so haben die Platzhalter halt enorm Vorteil interessiertes Personal zu gewinnen und auch auszubilden. Und das halten wir für untunlich.

Ein dritter Punkt: Das war die Anmerkung von Frau Sasse zum Thema ausreichend Frauen in der Bürgerschaft. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, es gibt in Lübeck über 9.000 mehr wahlberechtigte Frauen, als wahlberechtigte Männer. Und es kandidierten bei der letzten Kommunalwahl 87 Frauen. Wenn also der Anteil in der Bürgerschaft ist wie er ist, dann ist das vielleicht kein attraktives Problem, sondern ein qualitatives Problem auf Kandidatenebene.“

Es sprechen im weiteren Verlauf – zum Teil mit mehrfachen Wortbeiträgen – AM Hildebrand, AM Zunft, AM Prieur, AM Rathcke, der Vorsitzende, Frau Sasse, AM Schopenhauer und AM Dr. Flasbarth.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Gesamthematik zwecks Erarbeitung eines interfraktionellen Antrages in der Sommerpause.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Vertagung der Gesamthematik abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

bei 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

AM Rathcke beantragt eine anonymisierte Berichterstattung des Büros der Bürgerschaft darüber, wofür Entschädigungen gezahlt werden.

Frau Voskuhl weist darauf hin, dass ein Antrag auf Berichterstattung hinsichtlich der Zahlung von Entschädigungen unter diesem TOP nur in Bezug auf die Kinderbetreuungskosten möglich sei.

Es spricht der Vorsitzende.

AM Rathcke kündigt die Einbringung eines entsprechenden Antrages zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses an.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. In einer 2-jährigen Testphase ab August 2020 wird für Kinder von Bürgerschaftsmitgliedern, Ausschussmitgliedern, Mitarbeiter:innen der Fraktionsgeschäftsstellen und der Kernverwaltung im Rathaus eine Kinderbetreuung während der Sitzungen der Bürgerschaft sowie bei angemeldetem Bedarf während der Ausschusssitzungen angeboten. Ferner bei angemeldetem Bedarf auch bei Fraktionssitzungen und Vorbesprechungen - auch in den Abendstunden bis maximal 22:30 Uhr.
2. Die Kosten für die Kinderbetreuung übernimmt die Stadt Lübeck und trägt damit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt bei.
3. Bei öffentlichen städtischen Veranstaltungen im Rathaus und an anderen Orten wird standardmäßig eine Kinderbetreuung angeboten.
4. Über die Entwicklung und Nutzung der Kinderbetreuung berichtet die kommunale Gleichstellungsbeauftragte halbjährlich.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Dringlichkeitsantrag: Hybrid-Lösungen schaffen Vorlage: VO/2020/08914
--

- siehe Protokollierung unter TOP 6.7 –

Beschluss:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

- 1.)Damit auch Bürgerschafts- und Ausschussmitglieder, die Risikogruppen angehören, an künftigen Sitzungen teilnehmen können, sind sog. Hybrid-Lösungen zu schaffen, also die Durchführung einer Sitzung mit der Möglichkeit, sich von außerhalb an Debatte und Abstimmungen zu beteiligen. Der Bürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob dies aktuell bereits unter Anwendung der Experimentierklausel in § 135 a Gemeindeordnung möglich ist. Fall ja wird das Büro der Bürgerschaft gebeten, so bald wie möglich durchgeführte Präsenzsitzungen um die Möglichkeit der Online-Zuschaltung zu erweitern.

2.) Falls dies nach der geltenden Gemeindeordnung nicht möglich ist, bitten wir den Bürgermeister sich bei der Landesregierung für eine Gesetzesänderung mit diesem Ziel einzusetzen.

3.) Die Stadtpräsidentin wird für die Fortdauer der Pandemie gebeten, solange die Möglichkeit zur Online-Teilnahme an Präsenzsitzungen nicht geschaffen ist, den Mitgliedern der Bürgerschaft und der Ausschüsse weiterhin freizustellen, ob sie an Präsenz-Sitzungen teilnehmen. Dasselbe gilt für die Mitarbeiter*innen der Stadt und der Fraktionen. Für Entschuldigungen wird ohne Notwendigkeit weiterer Begründung ein "triftiger Grund" im Sinne von § 6 Abs. 8 Geschäftsordnung der Bürgerschaft angenommen.

4.) Alle Sitzungen von Bürgerschaft und Ausschüssen sollen künftig für die Öffentlichkeit im Internet per Video-Streaming angeboten werden. Das Büro der Bürgerschaft wird beauftragt, hierfür ein Umsetzungskonzept vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 7.2 Dringlichkeitsantrag - AM Treumann (CDU) + AM Schopenhauer (SPD): Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen
Vorlage: VO/2020/08942**

- siehe Protokollierung unter TOP 6.8 –

Beschluss:

1. Ab August 2020 wird Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern während der Sitzung der Bürgerschaft sowie der Ausschüsse die Nutzung von Kinderbetreuung am Sitzungsort ermöglicht. Die Betreuung wird für Kinder bis zum Alter von 10 Jahren angeboten und endet um 21 Uhr.
2. Die Verwaltung legt bis zur Sommerpause eine Bedarfsermittlung vor.
3. Die Kosten der Kinderbetreuung trägt die Hansestadt Lübeck analog zur geltenden Erstattungsregelung von Kinderbetreuungskosten.
4. Das Büro der Bürgerschaft legt dem Hauptausschuss nach einer sechsmonatigen Testphase eine Übersicht zum Umfang der Inanspruchnahme vor.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7.2.1 BM Antje Jansen (GAL): Antrag zu VO/2020/08942 Dringlichkeitsantrag - AM Treumann (CDU) + AM Schopenhauer (SPD): Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen
Vorlage: VO/2020/08942-01

- siehe Protokollierung unter TOP 6.8 –

Beschluss:

Der Bürgermeister möge berichten, unter welchen Bedingungen die Hansestadt Lübeck Kinderbetreuungskosten auch denjenigen Personen erstatten könnte, die nach heutigem Stand nicht in den Personenkreis gehören, die lt. Entschädigungsverordnung des Landes SH, gem. § 14 Betreuungskosten beantragen können.

Gemeint sind Personen, die sich ehrenamtlich kommunalpolitisch engagieren, an Ausschuss- und Fraktionssitzungen teilnehmen, jedoch keine Funktion wahrnehmen, für die sie wiederum unter die Entschädigungsverordnung fallen.

Fallbeispiel zur Verdeutlichung: Frau XY besucht regelmäßig als Gast den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung, in dem sie Stellvertreterin für Fraktion ABC ist. Sie nimmt regelmäßig an Fraktionssitzungen teil, um dort mehr über kommunalpolitische Themen zu erfahren und sich in die Diskussion einzubringen. Frau XY überlegt, sich zur nächsten Kommunalwahl als Kandidatin in einem Wahlkreis aufstellen zu lassen, um sich kommunalpolitisch zu engagieren. Ihre Kinder sind 5 und 11 Jahre alt. Während sie an den Sitzungen als Gast teilnimmt, passt eine Tagesmutter auf die Kinder auf bis ihr Mann von seinem Schichtdienst nach Hause kommt. Das sind mitunter monatliche Kosten bis zu einer Höhe von 80 Euro, die Frau XY privat finanzieren muss. Die Fraktion ABC darf ihr die Betreuungskosten nicht erstatten, weil die Teilnahme von Frau XY an Sitzungen nicht zu den Aufgaben gehört, die über die Fraktionszuwendungen abgedeckt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 7.2.2 AM Anka Grädner (beide BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Änderungsantrag zu VO/2020/08942 Kinderbetreuung während der Gremiensitzungen
Vorlage: VO/2020/08942-02

- siehe Protokollierung unter TOP 6.8 –

Beschluss:

A. Zu 1.:

Die Kinderbetreuung steht nicht nur Bürgerschafts- und Ausschussmitgliedern zur Verfügung, sondern auch Gästen aller Sitzungen sowie den Mitarbeiter:innen der Verwaltung, die an den Sitzungen teilnehmen.

B. Zu 1.:

Die Kinderbetreuung wird nicht nur während der Sitzungen der Bürgerschaft sowie der Ausschüsse angeboten, sondern auch während öffentlicher Fraktionssitzungen und öffentlichen Fraktionsbesprechungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

**zu 7.3 AM Dagmar Hildebrand: Dringlichkeitsantrag - Volle Züge nach Travemünde
Vorlage: VO/2020/09046**

AM Hildebrand verliest folgende Änderung des Antrages:

„Der Bürgermeister wird gebeten, sich beim für den Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein zuständigen NAH.SH und bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass während der Sommermonate auf der Strecke Lübeck-Travemünde ein Corona-gerechtes Sitzplatzangebot vorgehalten wird, z.B. durch weitere Waggons bzw. Doppeldecker-Waggons auch an Wochentagen.“

Frau Senatorin Hagen teilt hierzu mit, dass sich seitens der Hansestadt Lübeck für die Umsetzung seit einiger Zeit eingesetzt werde, es jedoch unwahrscheinlich sei, dass die Bahn entsprechende Kapazitäten vorhalte.

Aktuell liege eine Zusage der NAH:SH vor, dass ab Freitagvormittag die Möglichkeit bestehe auf der Strecke Lübeck-Travemünde mit Doppelstockzügen zu pendeln. Von montags bis freitags werden die Doppelstockzüge jedoch auf der Strecke nach Kiel benötigt. Es spricht AM Hildebrand.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, sich beim NAH.SH und bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass während der Sommermonate auf der Strecke Lübeck – Travemünde noch ein weiterer Waggon, bzw. auch an Wochentagen Doppeldecker-Waggons eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis (geändert)	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 8 Gleichstellung

zu 8.1 **DIE LINKE, DIE UNABHÄNGIGEN und BM Jansen (GAL) sowie die Fraktion "Bündnis 90/DieGrünen": Alle zusammen gegen Sexismus - Alle zusammen gegen Diskriminierung** Vorlage: VO/2020/08836

Es sprechen AM Zunft, AM Krause, frau Sasse und der Vorsitzende.

AM Zunft teilt die Bereitschaft mit, den Antrag zwecks der gemeinsamen Entwicklung eines Verfahrens zunächst zurückzustellen.

Es sprechen AM Rathcke, AM Zunft, AM Krause, der Vorsitzende und AM Duggen.

AM Zunft spricht sich für die Erarbeitung eines Leitfadens unter Hinzuziehung von Fachleuten aus.

Der Vorsitzende unterbreitet für das weitere Verfahren den Vorschlag, gemeinsam mit der Antragstellerin einen Termin zur Erarbeitung eines interfraktionellen Antrages zu initiieren. Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Bürgerschaft, ihre gewählten Mitglieder, die Fraktionen und die für die Fraktionen in die Gremien der Bürgerschaft gewählten bürgerlichen Mitglieder stellen sich aktiv jeder Form von Sexismus und sexueller Gewalt entgegen, werden Opfer schützen und nachhaltig dafür sorgen, dass Opfern keine Nachteile aus ihrer Beschwerde oder Anzeige entstehen und die Täter mit allen verfügbaren Mitteln zur Verantwortung gezogen werden.

Wir beschließen deshalb gemeinschaftlich:

1. Wir wollen keinen Sexismus, sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt, sowie andere Formen der Diskriminierung in der Lübecker Politik und im Rathaus dulden.
2. Wir wollen die Opfer schützen - nicht die Täter.
3. Wir werden Täter aus unseren Reihen ausschließen.
4. Wir wollen Sexismus und Diskriminierung auch außerhalb der politischen Strukturen in Lübeck entgegentreten: daher beschließen wir den Erhalt und Ausbau aller durch die Hansestadt Lübeck geförderten Beratungs- und Hilfestrukturen, die in den Bereichen Gleichstellung und Antidiskriminierung bereits tätig sind. Hierfür ist bis zum Herbst 2020 durch eine unabhängige Stelle zu prüfen, ob die bestehenden Angebote aus Sicht der Betroffenen ausreichend sind.
5. Der Bürgermeister wird beauftragt einen Anti-Diskriminierungs-Leitfaden für die

Verwaltung, für die Bürgerschaft und deren Gremien und für die Fraktionen und deren Gremien vorzulegen – in dem, u.a. Regelungen und Vorgehensweisen,

1. zur Vermeidung von sexueller Belästigung und sexueller Gewalt
2. zum Umgang mit Meldungen, von sexueller Belästigung und sexueller Gewalt, durch die Opfer an die Verantwortlichen
3. Ansprechpartner:innen benannt werden, an die sich Opfer vertrauensvoll wenden können
4. zum Schutz der Betroffenen, nachdem sie sich an die verantwortlichen Personen gewandt haben, enthalten sind.
5. Mit dem Leitfaden soll diese Haltung an die Öffentlichkeit kommuniziert werden, auch um die Tragfähigkeit innerhalb der Verbände und Organisationen zu verbessern.
6. Die Fraktionen in der Bürgerschaft wirken auf die sie tragenden Parteien ein, die Maßnahmen aus dem Anti-Diskriminierungs-Leitfaden auch innerparteilich umzusetzen.

Schulungen für Parteien und Fraktionen angeboten werden, um für das Thema zu sensibilisieren

Sofern die Parteien/Fraktionen eigene Ansprechpartner:innen benennen, sind diesen auch Weiterbildungen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 20:11 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 20:12 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 25. August 2020

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Andrea Lange
Protokollführung